



Januar 2010

## Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Nach Kopenhagen: neue globale Umweltorganisation gefordert** Seite 1
- **Mehr Stabilität für den globalen Energiemarkt** Seite 2
- **Ressource Wasser: Unternehmen wollen Beteiligung an Gesetzgebung** Seite 3
- **Lehren aus der Finanzkrise: Osteuropa braucht den Euro** Seite 3
- **Die Zukunft des Iran – Vier Szenarien und ein Albtraum** Seite 4
- **Russische Außenpolitik: im Bann Chinas?** Seite 5
- **Nachrichtendienste: Afghanistan zeigt Mängel auf** Seite 6
- **EU muss ESVP-Missionen überdenken** Seite 6

### Nach Kopenhagen: neue globale Umweltorganisation gefordert

Philippe Hugon, L'échec du multilatéralisme de Copenhague et la nécessité d'une organisation mondiale de l'environnement, *IRIS*, 21.12.2009

Die hohen Erwartungen, die an die Wirksamkeit der Multilateralität im Rahmen des Kopenhagener Klimagipfels gerichtet waren, haben sich nicht erfüllt. Das Treffen brachte zwar erstmals in der Geschichte 192 Staaten und 110 Staats- und Regierungschefs zusammen. Doch auf mehr als eine Zusicherung, die Erderwärmung bis 2050 auf zwei Grad Celsius zu beschränken, ohne dabei allerdings die nötigen Mechanismen zu präzisieren, konnten sie sich bei der Konferenz nicht einigen. Das einzige konkrete Ergebnis war ein Abkommen gegen die weitere Abholzung von Wäldern. Was anstelle der gescheiterten Multilateralität im Rahmen der UNO jetzt gebraucht wird, ist die schnelle Schaffung einer internationalen Umweltorganisation, die den Klimaschutz konsequent vorantreibt.

Eine solche internationale Umweltorganisation sollte nach dem Vorbild der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgebaut werden. Diese bringt grundsätzlich drei Parteien an den Verhandlungstisch: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierungen. Nach diesem Grundsatz sollte die internationale Umweltorganisation vier Parteien in ihre Arbeit einbeziehen, um dem Klimawandel effektiv zu begegnen: Wissenschaftler, Unternehmen, Regierungen und Umweltorganisationen. Zum einen braucht die wissenschaftliche Gemeinschaft ein Forum, in dem sie ihre Überlegungen vortragen und ihre Empfehlungen an die Weltgemeinschaft bündeln kann. Zum anderen ist eine Partizipation der betroffenen

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 15.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin  
Germany

Tel: +49.30.206 337 88

Fax: +49.30.206 337 90

www.atlantische-initiative.org  
info@atlantische-initiative.org

#### Vorstand

Dr. Johannes Bohnen  
Jan-Friedrich Kallmorgen

#### Beirat

Dr. Rudolf Adam  
Dr. Ronald D. Asmus  
Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Christoph Bertram  
Carl-Eduard von Bismarck  
Dr. Philip v. Boehm-Bezing  
Dr. Mark Brzezinski  
Jürgen Chrobog  
Thomas L. Farmer  
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger  
Dr. Jeffrey Gedmin  
Prof. Dr. Helga Haftendorn  
Dr. John C. Hulsman  
Dr. Michael J. Inacker  
Dr. Jackson Janes  
Marvin Kalb  
Dr. Walther Leisler Kiep  
Eckart von Klaeden  
Hans-Ulrich Klose  
John Kornblum  
Dr. Charles Kupchan  
Alexander Graf Lambsdorff  
Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Dr. Beate Lindemann  
Heike MacKerron  
Dr. Norbert Otten  
Cem Özdemir  
Ruprecht Polenz  
Avi Primor  
Andrew Rasiej  
Prof. Dr. E. Sandschneider  
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik  
Karsten D. Voigt  
Lord Wallace

#### Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.  
Bankhaus Löbbecke AG  
Bankleitzahl: 100 30 500  
Kontonummer: 12 57 95 00

#### Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg  
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701  
USt-IdNr.: DE 252416799

Wirtschaftsunternehmen unerlässlich, die die Empfehlungen der Wissenschaftler in der Praxis umsetzen sollen. Sie müssen sich noch mehr ihrer ökologischen Verantwortung bewusst werden und dazu beitragen, dass wirtschaftliche Anreize für umweltfreundliche Technologien genutzt und Umweltstandards eingehalten werden. Eine dritte Gruppe am Verhandlungstisch müsste aus den Regierungen bestehen, die die nötigen Umweltbestimmungen in legislative oder steuerrechtliche Maßnahmen umsetzen und die genannten Anreize für den Ausbau grüner Technologien schaffen. Außerdem muss eine internationale Umweltorganisation die verschiedenen bereits existierenden Organisationen, die sich dem Umweltschutz verschrieben haben, aktiv in ihre Arbeit einbeziehen. Diese haben viel dazu beigetragen, das Umweltbewusstsein weltweit zu fördern. Sie sind es, die bisher Verbrauchern und Bürgern den Umweltschutz näher gebracht haben. Zusätzlich werden sie weiterhin bei der Anregung neuer Debatten und Agenden eine zentrale Rolle spielen, auch innerhalb der neuen internationalen Umweltorganisation.

Das Scheitern der Vereinten Nationen als Forum für den Klimaschutz in Kopenhagen hat gezeigt, wie dringend eine internationale Umweltorganisation benötigt wird, um den Klimaschutz voranzutreiben. Eine solche Organisation muss die existierenden 500 Klimaabkommen koordinieren und ihre Einhaltung überwachen. Sie muss versuchen, ein internationales Umweltrecht einzuführen und die Arbeit der verschiedenen Stiftungen und Vereine international besser zu koordinieren. Sie hätte dann auch die Autorität, einen globalen Preis für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu bestimmen und wirtschaftliche Anreize für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu geben. [Mehr...](#)

### **Mehr Stabilität für den globalen Energiemarkt**

David G. Victor et al., *The New Energy Order*, *Foreign Affairs*, Januar/Februar 2010

Der globale Energiemarkt läuft Gefahr, auf eine Krise zuzusteuern. Mit China und Indien drängen neue Konsumenten auf den Markt, die ihren Energiebedarf weniger über die üblichen Kanäle decken, sondern sich über zwischenstaatliche Abkommen, beispielsweise mit afrikanischen Potentaten, bevorzugt Zugang zu Energiequellen sichern. Diese intransparenten Übereinkünfte erhöhen die Unsicherheit auf dem Energiemarkt gewaltig. Zudem kann der globale Energiemarkt, wie er heute funktioniert, den Forderungen des Klimaschutzes nicht gerecht werden. Nicht zuletzt auch um das angeschlagene Vertrauen zwischen Verbrauchern und Herstellern zu stärken, wird dringend ein internationales Forum für Energiestabilität („Energy Stability Board“) benötigt, das die größten Verbraucher- und Produzentenländer zusammenbringt.

Die verschiedenen Institutionen, die bisher versucht haben, den globalen Energiemarkt zu regulieren, sind den neuen Herausforderungen nicht gewachsen. Obwohl die Internationale Energieagentur (IEA) die größte globale Institution auf diesem Gebiet ist, gehören ihr viele der weltweit wichtigsten Akteure wie China und Indien nicht an. Denn diese sind nicht in der OECD, was aber die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der IEA ist. Auch haben bisherige Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen der IEA und der OPEC zu fördern, keine Früchte getragen. Der Energiecharta-Vertrag in Europa hat ebenfalls zu keinem Ergebnis geführt, weil Russland als größter Energielieferant keinerlei Vorteil für sich darin sieht, seine Energiepolitik europäischen Gremien unterzuordnen. Institutionen wie die G-8 und die G-20 haben sich zwar auch mit energie- und sicherheitspolitischen Fragen sowie mit Umweltschutz beschäftigt, aber diese Themen sind durch die Finanzkrise in den Hintergrund getreten. Die weiterhin existierende Unsicherheit auf dem internationalen Energiemarkt schreckt vor allem Investoren ab. Diese zögern, dringend benötigtes Kapital für die Exploration von immer schwerer zugänglichen Energiequellen bereit zu stellen und in neue, grüne Technologien zu investieren. Auch wenn beispielsweise Südkorea zur Zeit 85% seines wirtschaftlichen Wachstumspakets in grüne Projekte investiert, bestehen weltweit noch zu viele protektionistische Hürden, die der Verbreitung von dringend benötigten neuen Technologien im Wege stehen.

Es muss zeitnah eine kleine aber flexible internationale Institution geschaffen werden, um Investitionen in grüne Technologien und die Erschließung neuer Erdöl- und Gasreserven zu fördern. Als Vorbild sollte die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit dienen, wie zum Beispiel das Forum für Finanzstabilität („Financial Stability Board“). Eine analoge Institution für den internationalen Energiemarkt wird

diesen transparenter und damit attraktiver für Investoren machen. Die Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Firmen würde gefördert werden. Ein solches Energiestabilitätsforum könnte mit Hilfe des Sekretariats der IEA die internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor koordinieren. Hierfür müssen die größten Ölproduzenten sowie die stärksten Verbraucher zusammen gebracht werden, allen voran die USA und China. Ebenfalls bedarf es der Entwicklung vertraglich bindender Normen im Energiemarkt – einer Art Basel-Standards für die Energiewirtschaft. [Mehr...](#)

### **Ressource Wasser: Unternehmen wollen Beteiligung bei Gesetzgebung**

John Briscoe, Next-generation water policy for businesses and government, *McKinsey Quarterly*, Dezember 2009

Die Bekämpfung der zunehmenden globalen Wasserknappheit stellt eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar, der sich Politik und Wirtschaft gemeinsam stellen müssen. Politische Entscheidungsträger sollten einsehen, dass neue Technologien einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der noch vorhandenen Wasserreserven leisten können. Umweltfreundliche Technologien müssen daher durch effektive Umweltpolitik unterstützt werden – Wirtschaft und Politik sollten sich sinnvoll ergänzen. Lange genug haben die Auswirkungen ineffektiver Umweltpolitik die Implementierung neuer, innovativer und umweltfreundlicher Technologien verlangsamt oder gar verhindert. Der öffentliche Sektor und Nichtregierungsorganisationen haben bisher die Debatten zum Thema Wasser angeführt. Doch seit etwa fünf Jahren beteiligen sich auch zunehmend privatwirtschaftliche Firmen an der Diskussion um das Wassermanagement.

Vor allem Getränkehersteller, Bergbauunternehmen und Energieversorger sehen in der zunehmenden Wasserknappheit eine Gefährdung ihres Geschäftsmodells. Um Kritik vorzubeugen und Konflikten aus dem Weg zu gehen, unterstützen viele dieser Unternehmen Aktivisten und Umweltschützer oder verfolgen selbstauferlegte Richtlinien für ihren Wasserverbrauch. Einige Firmen setzen darauf, das Verhältnis von Wasserverbrauch und hergestelltem Produkt zu verbessern – mehr Ergebnis pro Wassertropfen. Besonders für die Landwirtschaft, die in Entwicklungsländern immer noch mehr als 80% des Wassers verbraucht, ist dies eine wichtige Strategie. Chancen zur Einsparungen bietet zum Beispiel die Entwicklung neuer Getreidesorten mit geringem Wasserbedarf, vor allem durch den Einsatz genetisch veränderten Saatgutes. Auch die Aufbereitung von Abwasser und Salzwasser bietet Potential für Wassereinsparung. Doch den Unternehmen geht es nicht nur darum, den eigenen Wasserverbrauch zu senken. Sie wollen auch an der Gesetzgebung zur Festlegung neuer Wassergesetze mitwirken. Nachhaltige und umweltfreundliche Geschäftsmodelle sollen mögliche Gesetzesentwürfe beeinflussen. Helfen kann dabei zusätzlich die Aufklärung der Verbraucher, damit diese unnötigen Wasserverbrauch vermeiden und Wasser bewusster und gezielter einsetzen.

Den Unternehmen der Wasserwirtschaft ist klar: Nachhaltiges Wassermanagement ist von innovativen Technologien und unterstützender Umweltpolitik abhängig. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen zu eng gefasste Umweltgesetze die Einführung bereits existierender, effektiver Technologien verhindern. Um wirklich etwas bewegen zu können, müssen mehr Unternehmen versuchen, Einfluss auf die Umweltgesetzgebung zu nehmen und passende Lösungen für die Wasserknappheit zu finden. Gleichzeitig muss die Politik sich der Bedeutung der Privatwirtschaft im Kampf um den Erhalt der Wasserreserven bewusst werden. [Mehr...](#)

### **Lehren aus der Finanzkrise: Osteuropa braucht den Euro**

Anders Aslund, The East European Financial Crisis, *Center for Social and Economic Research*, Dezember 2009

Die globale Finanzkrise hat sich besonders stark in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU und in den ehemaligen westlichen Sowjetrepubliken Weißrussland, Ukraine und Moldawien ausgewirkt. Eine Analyse der Krise und ihrer Folgen bringt folgende Erkenntnisse für die Zukunft dieser 13 Staaten:

1. Eine Wechselkursbindung ist nur sinnvoll, wenn sie sich an der in den betroffenen Ländern dominierenden Währung orientiert. Ein am US-Dollar orientierter Wechselkurs hat sich in der Krise nicht bewährt.
2. Der Euro sollte schnell in möglichst vielen Staaten eingeführt werden, auch wenn das Vertrauen die Zentralbanken in Osteuropa (besonders in Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien sowie Bosnien und Herzegowina) noch gering ist. Zusätzlich muss die Zeit im Wechselkursmechanismus II verringert werden. Dieser Mechanismus ist ein seit 1999 zwischen verschiedenen EU-Ländern bestehendes Wechselkursabkommen, das die Bandbreite des Wechselkurses einer nationalen Währung zum Euro festlegt.
3. Es hat sich gezeigt, dass eine gezielte Inflationspolitik („inflation targeting“) wie in Polen und der Tschechischen Republik sehr effektiv sein kann. Selbst nach einem EU-Beitritt sollte die Inflationspolitik weiterhin Hauptaugenmerk der jeweiligen nationalen Finanzpolitik sein.
4. Die Einführung des Euro hat sich als effektives finanzielles Instrument bewiesen, sowohl für Euroländer wie Slowenien und die Slowakei, als auch für Montenegro und Kosovo, die den Euro unilateral angenommen haben (Bindung zumeist „kleinerer“ und schwächerer Währungen an eine „starke“ Ankerwährung).
5. Trotz der Krise haben alle Länder Osteuropas, mit Ausnahme Ungarns, eine vernünftige Finanzpolitik betrieben.
6. Die Krise hat gezeigt, dass kein Land größere Darlehen in fremder Währung akzeptieren sollte.

Eine der größten Stützen in Westeuropa während der Krise half den osteuropäischen Ländern kaum: die Europäische Zentralbank (EZB). Durch ihre ablehnende Haltung gegenüber Nicht-Euro-Staaten innerhalb der EU hat die EZB Unterschiede zwischen den Ländern der Eurozone und den Nachbarstaaten verstärkt. Lediglich durch in Osteuropa tätige multinationale Banken konnten diese Länder außerhalb der Eurozone indirekt von der Politik der EZB profitieren. Dabei benötigt gerade Osteuropa Unterstützung. Hauptziel muss daher die Reform des Wechselkursmechanismus II sein, damit möglichst viele osteuropäische Staaten den Euro zeitnah einführen. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass der Zugang zur EZB-Liquidität essentiell ist, um große wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verhindern.  
[Mehr...](#)

### **Die Zukunft des Iran – Vier Szenarien und ein Albtraum**

Volker Perthes, Iran 2010-11: four scenarios and a nightmare, *openDemocracy*, Januar 2010

Die politische Entwicklung des Iran vorherzusagen ist nahezu unmöglich. Mit Hilfe von Szenarien können aber Denkanstöße gegeben und wichtige Aspekte für die Zukunft aufgezeigt werden. Bei der Betrachtung der politischen Entwicklung des Iran sind zwei Variablen ausschlaggebend: die Stärke des Regimes und externe Konflikte, besonders der Atomstreit. Daraus lassen sich vier Szenarien ableiten, die für die Zeit von 2010 bis 2011 denkbar sind:

- *Hin- und Her-Szenario*: Bereits zu Beginn des Jahres 2010 wird deutlich, dass das Nuklear-Abkommen zwischen dem Iran und den 5+1-Mächten (USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, China und Deutschland) nicht zustande kommt. Schließlich verkünden die USA und Europa, dass sie ihre Handelsbeziehungen und finanziellen Transaktionen mit dem Iran verringern werden. Durch wirtschaftlichen Druck soll Teheran zum Einlenken gezwungen werden. Im Iran selbst kommt es zu innenpolitischen Auseinandersetzungen. Unterschwellig steigt das Konfliktpotential, aber das Land bleibt wirtschaftlich stabil.
- *Szenario eines dysfunktionalen Systems*: Die Schach-Matt-Situation im Streit um Atomwaffen bleibt bestehen. Russland und China stimmen der neuen UN-Resolution zu, die weitere Sanktionen für den Iran festsetzt. Teheran hat neue Provokationen ausgeübt, darunter Raketentests und aufwieglerische Kommentare bezüglich Israel. Die Handelsbeziehungen mit dem Iran werden von den G20 stark limitiert. Die wirtschaftliche Lage im Iran verschlechtert sich. Zudem kommt es immer wieder zu Zwischenfällen in den Atomreaktoren. Mahmoud Ahmadinejad verliert an Ansehen. Die iranische Regierung erscheint mehr und mehr dysfunktional.
- *Szenario der geballten Faust*: Die internationale Aufmerksamkeit liegt eher auf der Nordkorea-Krise. Das iranische Atomwaffenprogramm scheint zu stagnieren,

die Wirtschaft ist instabil. Die Opposition organisiert Proteste. Schließlich bricht ein offener, innenpolitischer Machtkampf aus. Ein vorläufiges Komitee zur Rettung der Islamischen Revolution übernimmt Regierungsaufgaben, das Parlament wird aufgelöst.

- *Szenario der dualen Détente*: Dem Iran wird erlaubt, in geringem Maße mit Uran zu arbeiten. Dafür verpflichtet sich die iranische Regierung, dem internationalen Protokoll zu folgen. Russland unterstützt das neue Abkommen, das im März 2010 unterzeichnet wird. Bald danach beginnen die Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA über wirtschaftliche Annäherungen und Visa-Politik. Die iranische Opposition schließt sich der Politik der Regierung an, Regierungskritiker sind wieder zuversichtlich.

Trotz dieser vier Szenarien ist klar: Es könnte auch ganz anders kommen, nämlich zu einem absoluten Krieg zwischen dem Iran und Israel und/oder den USA. Um diesen Alptraum zu verhindern, sollten die vier Szenarien zum Denken und Handeln auf friedlichem Wege anregen. [Mehr...](#)

### **Russische Außenpolitik: Im Bann Chinas?**

Andrei Tsygankov, What is China to Us? Westernizers and Sinophiles in Russian Foreign Policy, *IFRI*, Dezember 2009

Russland gerät immer mehr in den Bann Chinas. Vor allem in der russischen Außenpolitik macht sich seit der Amtszeit Primakows ein Wandel bemerkbar – weg von der Bewunderung des Westens und hin zur Bewunderung Chinas. Diese Neuausrichtung wird nicht nur Auswirkungen auf die ohnehin nicht einfachen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben, sondern sie birgt auch Gefahren. Der Westen täte gut daran, seine Beziehungen zu Russland zu überdenken.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich der außenpolitische Diskurs in Russland weg von den ideologischen Westlern hin zu den pragmatischen Chinafreunden – den Sinophilen – bewegt. Diese sehen die Zukunft des Landes in einer Art „russischem Sonderweg“, der nicht auf westlichen Modellen fußt und sich bei China Inspirationen holt. Drei Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass die russische Außenpolitik mehr und mehr unter den Einfluss der Sinophilen geraten ist. Zum einen ist der enorme wirtschaftliche Aufschwung des südlichen Nachbarn zu nennen. Dort wo der Westen die Gefahr sieht, dass Russland zu einem jüngeren Partner Chinas degradiert wird, sehen Sinophile das große Potential sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Sie finden Unterstützung bei Interessengruppen wie dem Militärisch-Industriellen Komplex und den Energiekonzernen, sowie zunehmend in Regierungskreisen. Selbst rein innenpolitische Entscheidungen wie die Schließung des Tscherkisowoer Marktes im Sommer 2009 berücksichtigen inzwischen chinesische Interessen. Zweitens stärkt die Unilateralität der US-Politik, wie die NATO-Expansion und der Irakkrieg, den Sinophilen den Rücken. Sie setzen auf verstärkte Zusammenarbeit mit den Chinesen als eine Maßnahme zur Wiederherstellung einer multipolaren Weltordnung. Aber vor allem ist es die andauernde Schwäche des russischen Staatswesens, die den Sinophilen Aufwind gibt. Demographischer Rückgang, wirtschaftliche Probleme und ideologisches Vakuum bestätigen sie darin, dass Russland mehr von China zu erwarten hat als vom Westen.

In den internationalen Beziehungen scheint sich Russland zusehends zu einem Staat auf der Kippe („tipping-point state“) zu entwickeln. Das Land wird zweifelsohne auf absehbare Zeit eine wichtige Rolle im Kräftegleichgewicht zwischen den Großmächten USA, EU und China spielen. Bei Themen vom Klimaschutz bis zum iranischen Atomprogramm kann sich die beständige Annäherung Russlands an China zu einem nicht zu unterschätzenden Störfaktor in den internationalen Beziehungen entwickeln. Der Westen sollte sich bemühen, Russland stärker in Europa einzubinden, um den Einfluss der Sinophilen im Kreml zu mindern. Dabei sollte der Westen jedoch die Beziehungen zu China nicht vernachlässigen. Nur so wird ein wirklich multilateraler Dialog im eurasischen Raum möglich. [Mehr...](#)

## **Nachrichtendienste: Afghanistan zeigt Mängel auf**

Michael J. Flynn et al., *Fixing Intel: A Blueprint for Making Intelligence Relevant in Afghanistan*, *Council on Foreign Relations*, Januar 2010

Nicht von den Nachrichtendiensten, sondern aus den Medien erhalten viele politische Entscheidungsträger die von ihnen benötigten Informationen über Afghanistan, beklagte sich General McChrystal vor kurzem. Die Nachrichtendienste haben in der Vergangenheit eine Flut von Daten über Aufständische zusammengetragen – dabei aber das weitere Umfeld vernachlässigt, in dem die Taliban operieren. Damit Kommandeure und Politiker in Zukunft genauere Informationen schneller und zuverlässiger erhalten, müssen die Nachrichtendienste ihre Arbeitsweise in Afghanistan grundlegend ändern.

Das größte Problem bei der Informationsbeschaffung ist, dass die Nachrichtendienste überdurchschnittlich großen Wert auf detaillierte Angaben zu den Aufständischen legen. Dies geht auf Kosten eher allgemeiner, aber wichtiger Informationen zum Umfeld der Taliban. Diese Informationen sind relevant, um mehr Insider-Wissen über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Umfeld direkt vor Ort zu sammeln. Wären mehr Informationen über dieses Umfeld bekannt, so könnte den Taliban der Nährboden für weitere Angriffe entzogen werden. Angaben aus Volkszählungen, populären Radiosendungen oder Schura-Versammlungen liefern bereits wertvolle Informationen, auch zu der Bereitschaft der Bevölkerung, mit den internationalen Sicherheitsunterstützungstruppen (ISAF) zu kooperieren. Aus Mangel an Experten wird die Beschaffung und Analyse solcher Informationen aber bereits auf Bataillonsebene zum Problem. Angesichts von Verlusten von Kameraden bei Schusswechseln, Explosionen und Attentaten konzentrieren sich die militärischen Nachrichteneinheiten hauptsächlich auf Meldungen über den Feind, die Beziehungen der verschiedenen Gruppierungen von Aufständischen untereinander und auf mögliche Aufenthaltsorte der Anführer. Zusätzlich wird die Erstellung einer allgemeinen, alles umfassenden Nachrichtensammlung dadurch erschwert, dass die Analyse der Daten nach funktionellen Gesichtspunkten aufgeteilt wird; so beschäftigt sich ein Analytiker beispielsweise ausschließlich mit Fragen des Drogenhandels. Diese Konzentration auf jeweils nur ein Informationsfeld verstärkt sich noch auf der Ebene von Brigade- und Regionalkommandos.

Um die Informationserfassung zu verbessern, müssen die Nachrichtendienste ähnlich wie Journalisten Angaben über wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen direkt bei der Bevölkerung suchen – sie müssen näher an die Menschen. Dabei bietet sich vor allem die Zusammenarbeit mit Mitarbeitern von Hilfs- oder anderen vor Ort operierenden Organisationen an. Die so gewonnenen Informationen müssen mit anderen Informationen aus derselben Gegend verglichen und die Nachrichten im Zusammenhang bewertet werden. Auf regionaler Kommandoebene sind zudem Informationsvermittler nötig, die die Daten auswerten und weiterleiten. Durch neu zu schaffende Informationszentren, in denen Analysten und Informationsvermittler zusammenarbeiten, kann die Stabilisierung vor Ort zusätzlich unterstützt werden. Diese Zentren wiederum müssen den zivilen Befehlshabern in den Regionalkommandos direkt unterstellt werden. [Mehr...](#)

## **EU muss ESVP-Missionen überdenken**

Muriel Asseberg et al., *Die EU als strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Stiftung Wissenschaft und Politik*, Dezember 2009

Die Erfolgsbilanz der über 20 Operationen und Missionen, die bisher im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) durchgeführt worden sind, ist gemischt. Dies gilt sowohl für zivile als auch militärische Einsätze. Einige Missionen, wie z.B. in Indonesien, haben überwiegend positive Resultate gezeigt. Bei anderen Missionen, wie die der EUFOR Tchad/RCA, kann kaum von Erfolgen gesprochen werden. Wenn die EU als strategischer Akteur in sicherheitspolitischen Fragen international ernst genommen werden möchte, muss die Gemeinschaft ihre Vorgehensweise bei der Gestaltung und Durchführung von Einsätzen grundlegend überdenken.

Ausgesprochen problematisch ist, dass die EU meist erst dann auf sicherheitspolitische Herausforderungen reagiert, wenn sie von externen Anfragen oder akuten Krisen dazu gezwungen wird. Dies macht die rechtzeitige Entsendung von Einsatztruppen schwierig. Lediglich fünf der über 20 Missionen hatten ein

effektives Zeitmanagement und brachten Einsatztruppen innerhalb eines Monats vor Ort. Des Weiteren werden manche Operationen hauptsächlich auf Grund des Drängens eines einzigen Mitgliedstaates betrieben. Die Uneinigkeit unter den Mitgliedsstaaten führt dazu, dass Mandate so eingeengt werden, dass sie von vorneherein zum Scheitern bestimmt sind, wie bei EUFOR-Kongo. Zuletzt mangelt es auch an Kommunikation zwischen den Mitgliedsstaaten, den zuständigen Einsatzleitern, EU-Sonderbeauftragten und den EU-Delegationen vor Ort. Eine systematische, kritische Bewertung der Einsätze gibt es nicht. Rückschläge werden nicht ausreichend analysiert und damit keine alternativen Handlungsszenarien entwickelt. Dies macht die Anpassung an neue Gegebenheiten wie den Wahlsieg der Hamas 2007 schwierig und kann wie bei der EUBAM-Rafah zum Scheitern einer Mission beitragen.

Um als strategischer Akteur international erfolgreich sein zu können, muss die EU stärker präventiv handeln als bisher. Sie darf nur solche Aufgaben übernehmen, die auch wirklich von einer größtmöglichen Anzahl der Mitgliedsstaaten getragen werden, damit es nicht wie bei EUPOL-Afghanistan zu Engpässen kommt. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren muss deutlich verbessert werden, um die Fachkenntnisse vor allem der Experten vor Ort besser zu nutzen. Bei der Analyse bisheriger Einsätze sollten die funktionellen und geographischen Einheiten im Ratssekretariat effektiver zusammenarbeiten. Die Missionen sollten weiterhin mit eigenen Budgets (sogenannten „quick impact budgets“) versehen werden, damit sie zum Beispiel lokalen Behörden Kommunikationsmittel zur Verfügung stellen können, um Anreize zur Zusammenarbeit zu schaffen. Denn für den Erfolg von EU-Missionen ist es wichtig, dass die betroffenen Staaten die EU als unabhängige und glaubwürdige dritte Partei sehen. Der Schaden, der durch unkoordiniertes Handeln für das Image der EU und die Effektivität ihrer Missionen entsteht, bedroht ihre zukünftige Handlungsfähigkeit in Krisenregionen. [Mehr...](#)

---

### Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank [atlantic-community.org](http://atlantic-community.org)! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



[ATLANTIC-COMMUNITY.ORG](http://ATLANTIC-COMMUNITY.ORG)

---

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)  
Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade Tänzler  
© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin  
Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 30 36 33  
Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)